

PRESSEMITTEILUNG

Coronahilfen bessern die Brandenburger Kommunalfinanzen auf

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Brandenburg haben in 2020 trotz Corona-Krise einen Überschuss erwirtschaftet. Allerdings basiert dieser auf den umfangreichen Hilfen von Bund und Land. Das Land bleibt steuerschwach und in den Folgejahren drohen neue Haushaltsnöte.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die Kommunen im Jahr 2020 finanziell wenig belastet, das stellt der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung fest. Trotz prozentual hoher Steuerverluste, konnten Haushaltskrisen durch die Hilfsprogramme von Bund und Land abgewendet werden. Abgeschirmt von finanziellen Schäden erreichten die Kommunen und Kreise im Jahr 2020 das neunte Mal in Folge einen Überschuss von rund 400 Millionen Euro. Die Kassenkredite der brandenburgischen Kommunen wurden auch 2020 weiter reduziert.

Hohe prozentuale Verluste bei der Gewerbesteuer

Bundesweit ist infolge der Corona-Krise vor allem die konjunktursensible Gewerbesteuer gegenüber dem Vorjahreswert eingebrochen. Für die Brandenburger Gemeinden stand am Jahresende ein historischer Einbruch bei der Gewerbesteuer von fast 17 Prozent zu Buche. „Dazu kommt, dass die Rezession die steuerstarken Gemeinden härter trifft, so dass im Einzelfall deutlich größere Haushaltslücken auftreten können“, sagt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin bei der Bertelsmann Stiftung. Nachdem in den Vorjahren der Aufholprozess gegenüber Westdeutschland an Fahrt gewann, ist die Entwicklung im vergangenen Jahr ein Rückschlag. Brandenburg ist im Durchschnitt noch immer steuerschwach und erreicht nur etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus.

Hartz-IV-Ausgaben in der Krise nicht gestiegen

Die kommunalen Ausgaben für Bedarfsgemeinschaften in Hartz-IV sind im vergangenen Jahr weiter gesunken. Im Zehnjahresvergleich steht ein Rückgang von einem Drittel. Mit den Landkreisen Elbe-Elster, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Prignitz sowie der Stadt Cottbus sind gleich 5 Brandenburger Kommunen unter den 10 Kommunen Deutschlands mit den stärksten Abbau 2020. Hohe Lasten verbleiben jedoch weiterhin in den kreisfreien Städten, die zur bundesweiten Spitzengruppe gehören. „Je Einwohner muss die Stadt Brandenburg vier Mal höhere Ausgaben tragen, als der benachbarte Kreis Potsdam-Mittelmark“, erklärt René Geißler, Professor für öffentliche Finanzen an der TH Wildau und Mitautor des Finanzreports.

Kassenkredite sinken dank der Überschüsse

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. In Brandenburg kumulierten diese Probleme viele Jahre in den Städten Brandenburg, Frankfurt und Cottbus. Hierfür gewährt das Land unter strengen Bedingungen Konsolidierungshilfen. Landesweit sanken die Kassenkredite binnen fünf Jahren auf die Hälfte und betragen nur noch circa 380 Millionen Euro. Allein im Krisenjahr 2020 konnten die Kassenkredite um fast ein Viertel gesenkt werden.

Investitionen stagnieren unter dem Bundesniveau

Auf Bundesebene sind die Investitionen im vergangenen Jahr stark gewachsen. Die Brandenburger Kommunen konnten an diesem Trend nicht partizipieren und lagen 2020 unter dem bundesweiten Durchschnitt. Allerdings werden die guten Zahlen auf Bundesebene durch die finanzstarken süddeutschen Kommunen geprägt. Je Einwohner investieren die bayerischen Kommunen fast doppelt so viel wie jene in Brandenburg. Ähnliche Differenzen lassen sich in Brandenburg zwischen berlinnahen und berlinfernen Kommunen feststellen. „Die Unterschiede in der Infrastruktur, der Standortqualität und Zukunftsfähigkeit bleiben nicht nur groß, sie wachsen weiter“, sagt Geißler.

Beispiellose Hilfsprogramme von Bund und Land

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land bereits im Frühjahr 2020 mit beispiellosen Hilfsprogrammen. So erstatteten Bund und Land gemeinsam die Ausfälle der Gewerbesteuer. Da die Rezession milder verlief, als anfangs geschätzt, wurden die Gemeinden hier sogar leicht überkompensiert.

Der Bund erhöhte ab 2020 und dauerhaft seinen Finanzierungsanteil an den Hartz-IV-Kosten, was die brandenburgischen Kommunen mit 90 Millionen Euro entlastete. Während von der Erstattung der Gewerbesteuermindereinnahmen überproportional die wirtschaftsstarken Kommunen profitieren konnten, erreichen die Hilfen für die Hartz-IV-Kosten vermehrt sozial-schwache Städte. „Die Stadt Brandenburg gewinnt hierdurch pro Jahr fast 5 Millionen Euro. Das ist ein Befreiungsschlag, der neuen Spielraum schafft“, erläutert Geißler.

Darüber hinaus spannte das Land frühzeitig einen eigenen Rettungsschirm, gewährte Sonderzuwendungen für Mehrausgaben der Pandemie, setzt die Steuererstattung 2021 fort und stockt den Kommunalen Finanzausgleich auf. Die Kommunen hatten dadurch Planungssicherheit und konnten ihre Haushaltspläne umsetzen.

Ausblick für Brandenburg stabil

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell relativ unbeschadet überstanden. Da die Ausgaben jedoch unbeirrt weiter steigen, die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen werden und der Großteil der Finanzhilfen auslief, sind auf Bundesebene hohe Haushaltsdefizite zu erwarten. Für Brandenburg ist der Ausblick im Vergleich positiver, weil das Land seine Hilfen in den kommenden beiden Jahren fortsetzt. Allerdings bleibt das Land weiterhin mit der wachsenden Spaltung zwischen berlinnahen und berlinfernen Kommunen konfrontiert.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de